

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 10, Juni 1939	1
DEUTSCHLAND IN DER KRISE VON 1929	1
DER DEUTSCHE BANKROTT	1
ZUR MACHTPOLITIK.....	2
DEUTSCHES KAPITAL IN DER ZWANGSVERWALTUNG.....	3
RUSSLAND UND DIE GROSSE NIEDERLAGE DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE IM JAHR 1933 ..4	
DIE DRITTE INTERNATIONALE GIBT DIE GRUNDPRINZIPIEN DES PROLETARISCHEN BEFREIUNGSKAMPFES AUF	7
RUSSLAND BEWAFFNET DIE DEUTSCHE BOURGEOISIE!.....	8
EPILOG VOM MAI 1939.....	10
DER JAPANISCHE IMPERIALISMUS (Ende).....	10
DER JAPANISCHE IMPERIALISMUS IN DER MANDSCHUREI UND IN CHINA	10
BEGINN DES JAPANISCHEN VORDRINGENS IN DIE MANDSCHUREI	11
RUSSLAND UND CHINA IN DER MANDSCHUREI NACH 1922	11
CHINESISCHER WETTBEWERB GEGEN JAPAN IN DER MANDSCHUREI	11
DER „ANLASS“	12
DIE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER MANDSCHUREI FÜR JAPAN.....	14
ZUSAMMENFASSUNG:	15
SPANISCHE FLÜCHTLINGE!.....	16
DER PLATZ DER ALTEN GEWERKSCHAFTEN	18

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 10, Juni 1939

DEUTSCHLAND IN DER KRISE VON 1929

DER DEUTSCHE BANKROTT

In keinem Land der Welt hatte die Krise von 1929 eine so verheerende und zugleich „heilende“ Wirkung wie in Deutschland. Es stimmt, dass die Wirtschaft in Amerika noch stärker zusammengebrochen ist als in Deutschland, dass die Zahl der Arbeitslosen viel höher war als in Deutschland, aber Amerika hatte nicht mit ausländischen Gläubigern zu tun, während Deutschland riesige Zahlungen ins Ausland leisten musste.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Deutschland durch den Vertrag von Versailles entwaffnet, eine ganze Reihe „unabhängiger“ Kleinstaaten wurde geschaffen, die sich so lange untereinander streiten würden, bis Frankreichs Vorherrschaft auf dem europäischen Festland gesichert war und die große Ausplünderung der deutschen Arbeiterklasse beginnen konnte. Diese bestand in erster Linie in der Begleichung einer riesigen Summe von „Kriegsschulden“. Die ersten Zahlungen wirkten sich jedoch sofort störend auf die gesamte deutsche Wirtschaft aus, da sie zu einer noch nie dagewesenen Inflation führten. Die Deutsche Mark verlor praktisch vollständig an Wert. Unter diesen Bedingungen konnte es keine weitere Zahlung von Kriegsschulden geben, und so beschlossen die Sieger, Deutschland zunächst wieder auf die Beine zu bringen, um weitere Aderlässe vornehmen zu können. Der Kranke musste erst wieder etwas zu Kräften kommen.

Die Sieger beschlossen daher, die Mark wieder zu stabilisieren. Amerika gab Deutschland einen Kredit von 800 Millionen Mark (Dawes-Kredit), aber auch danach erwies es sich als unmöglich, die Milliarden jährlich aus den normalen Mitteln aufzubringen, so dass Deutschland immer wieder Kredite aufnehmen musste, um die Kriegsschulden zu bezahlen. Die Schwierigkeiten führten zu einer erneuten Revision der Zahlung der Kriegsschulden, so dass 1930 der „Young-Plan“ in Kraft trat, Deutschland musste jährlich die Summe von 1.600 Millionen Mark als Kriegsschuld zahlen.

Der Young-Plan blieb jedoch ein Plan, denn die Krise machte seine Umsetzung unmöglich. Überall auf der Welt brachen Banken zusammen und kollabierten. Die französischen, englischen, amerikanischen, niederländischen und schweizerischen Banken begannen, ihre kurzfristigen Kredite zu kündigen. Es kam zu einer enormen Goldbewegung, bei der mehr als die Hälfte des weltweiten Goldes in Amerika und Frankreich landete, so dass sich das „grundsolide“ britische Pfund nicht halten konnte.

In Deutschland haben diese Kreditversprechen katastrophal gewirkt. Die meisten der staatlichen Kredite waren kurzfristig, und hinzu kamen die privaten Schulden der Unternehmer, die 1937 die Summe von 17.000 Millionen erreichten, von denen 12.000 Millionen kurzfristig waren. Nun war das an sich nicht so schlimm, aber die Krise hatte dem deutschen Außenhandel großen Schaden zugefügt. Alle Länder schlossen ihre Grenzen durch Einfuhrzölle oder Kontingente, so dass die Forderungen an das Ausland rasch sanken. Als die ausländischen Banken begannen, kurzfristige Kredite zu verlangen, war das Lied daher schnell gesungen. Innerhalb von zehn Tagen hatten die deutschen Banken 2.000 Millionen aus dem Ausland angefordert, und sie konnten einem solchen Ansturm nicht standhalten. Es konnte keine weitere Zahlung der Kriegsschulden und keine reguläre Begleichung der Kredite geben.

So kam der Chefchirurg in Amerika mit Bedauern zu dem Schluss, dass der deutsche Patient unter Kaufkraftverlust leidet und wieder auf die Beine gebracht werden muss. Ohne dass Deutschland darum gebeten hatte, schlug Amerika bereits vor, die Zahlung der Kriegsschulden um ein Jahr zu verschieben (Hoover-Moratorium). Doch Frankreich konnte dem nicht ohne Weiteres zustimmen. Frankreich verlangte, dass der „unbedingte“ Teil der Kriegsschulden, die eigentlichen „Reparationen“, auf jeden Fall fortbestehen sollten, die sich auf 660 Millionen beliefen.

Also berieten sich die Sieger erneut und erstellten eine Liste der Besitztümer und Schulden der deutschen besitzenden Klasse, wie sie zu einer Konkursmasse gehört (Layton-Bericht). Und sie stellten fest, dass der Patient auch den Verlust der 660 Millionen nicht verkraften konnte. Doch Frankreich bestand auf dem „unbedingten Anteil“, obwohl es bereit war, eine Zahlung von 660 Millionen in Eisenbahnanleihen der Deutschen Reichsbahn zu akzeptieren, die dann unter den Interessenten aufgeteilt werden konnten. Der Staat müsste diese Anleihen dann innerhalb von zehn Jahren zurückkaufen. Und so geschah es.

Das Moratorium befreite Deutschland also von der Zahlung der 1.600 Millionen, die am 1. Juli 1931 fällig waren. Dies führte jedoch nicht zu einer Entspannung der Situation, da das Ausland weiterhin Rückzahlung kurzfristiger Kredite verlangte. Und so waren die deutschen Banken gezwungen, ihre Schalter am 12. Juli zu schließen. Die deutsche Bourgeoisie war bankrott. Die Sieger konnten mit ihren Schuldscheinen vor die verschlossenen Türen der Bankgebäude treten. Der Patient, der nach den Berechnungen des *American Institute of Economics* bis zum 1. Januar 1931 die Summe von 34½ Milliarden Goldmark an Kriegsschulden bezahlt hatte, war völlig erschöpft.

ZUR MACHTPOLITIK

Nun ging es darum, wie die Sieger die Konkursmasse übernehmen oder wiederbeleben konnten, um neue Milliarden aus ihr herauszuholen. In einem regulären Konkursverfahren hätte die deutsche Bourgeoisie ihre Anteile an Fabriken und Unternehmen an ihre ausländischen Gläubiger abtreten müssen, so wie sie auch ihre Eisenbahnanleihen abtreten musste. Es würde praktisch enteignet werden. Dabei würde Deutschland zu einem „Kolonialgebiet“ und die deutsche Bourgeoisie zum Konzernvertreter des ausbeutenden ausländischen Kapitals.

Doch mit einem solchen Vorgehen war nicht zu rechnen. Frankreich hatte etwas Ähnliches schon einmal bei der Ruhrbesetzung (1923) versucht. Aber es hat mehr gekostet als gebracht, denn die deutsche Bourgeoisie hat das ganze Ruhrgebiet mit einem Streik lahmgelegt. Die Unternehmer schlossen die Betriebe und zahlten den Arbeitern einen regelmäßigen Lohn. *Die deutsche Bourgeoisie hatte nicht die Absicht, sich ohne Weiteres enteignen zu lassen.* Und nun, im Jahr 1931, mit der starken Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, war es weniger denn je der Fall. Jahrelang war die Innenpolitik vom Kampf um die „Erfüllung“ der Siegeransprüche oder den gewaltsamen Bruch des Versailler Vertrages beherrscht worden. Jahrelang hatte die deutsche Bourgeoisie, insbesondere die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung, die Politik Stresemanns¹ verfolgt, die Politik der „Erfüllung“, solange die besitzende Klasse an dieser „Erfüllung“ verdienen und ihren Produktionsapparat perfektionieren konnte. Doch nun, da mit dem Bankrott praktisch die Enteignung drohte, wandte sie sich der gewaltsamen Kündigung des Versailler Vertrags zu. Deshalb war 1931 die Zeit der Machtentfaltung der deutschen Bourgeoisie. So beginnt der große Kampf um den Erhalt des Kapitals. Es geht nicht um den Kampf um eine Ware hier oder ein Rohstoffgebiet dort. Es geht auch nicht darum, ob die Sieger ihr hier oder dort Kolonien

¹ Gustav Stresemann (1878-1929), 1923 Reichskanzler, bis 1929 Außenminister.

„zuteilen“. Es geht auch nicht um ein günstiges Handelsabkommen mit dem einen oder anderen Land oder um vorteilhafte Quoten, wobei der erwirtschaftete Gewinn weiterhin an die ausländischen Kapitalisten geht. *Die deutsche Bourgeoisie kann der Enteignung nur entgehen, indem sie als neue Weltmacht in die Schlacht zieht.*

Wie sie das anstellen würde, war ihr überhaupt nicht klar. Und auch die Nationalsozialistische Partei, die im März 1933 an die Macht kam, hatte keine Ahnung. Die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach 1931 beruht einzig und allein auf der Erkenntnis, dass nur die militärische Machtergreifung gegen die Gerichtsvollzieher Amerika, Frankreich und England das Land vor dem kapitalistischen Ruin retten kann. Diese Verwirklichung funktioniert nicht nach einem „Plan“, sondern folgt den Wegen, die der Augenblick bietet. Dieses Bewusstsein der besitzenden Klasse in Deutschland bestimmt zugleich, dass die alten politischen Führer, die in der Schule der „Erfüllungspolitik“ aufgewachsen sind, diese Aufgabe nicht erfüllen können. Die neuen Machthaber müssen so wenig wie möglich mit den Traditionen vergangener Kompromisse belastet werden. So konnte die nationalsozialistische Partei, deren Mitglieder größtenteils aus einem anderen sozialen Milieu stammten, die Konzentration der deutschen Militär- und Kapitalmacht viel besser vollziehen als die viel erfahreneren, traditionellen Politiker.

DEUTSCHES KAPITAL IN DER ZWANGSVERWALTUNG

Währenddessen berieten die Gläubiger 1931 vor den Türen der verschlossenen Banken, wie sie den Patienten weiter auspressen könnten. Reichskanzler Brüning beruhigte sie mit der Aussage, er werde die alte „Erfüllungspolitik“ fortsetzen, solange es etwas zu erfüllen gebe. Jeder würde das „Seine“ bekommen, wenn er nur Geduld hätte. Unter diesen Umständen gaben sich die Gläubiger mehrerer Länder damit zufrieden, ihre Zahlungen zu verschieben, wenn ein Teil davon regelmäßig gezahlt würde (Stillhalteabkommen). In regelmäßigen Abständen musste eine Bilanz der Besitztümer und Schulden der deutschen besitzenden Klasse erstellt werden, um zu sehen, ob die Rückzahlungen tatsächlich ausreichend waren. In der Praxis wurde die deutsche herrschende Klasse also in die Zwangsverwaltung gezwungen. Außerdem liefen Verhandlungen über die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite, was natürlich eine dauerhafte Belastung für das deutsche Kapital bedeuten würde. Brüning setzte in der Tat die alte „Erfüllungspolitik“ fort. Vom 1. August 1931 bis zum 1. Januar 1932 wurde ein Betrag von 1.200 Millionen zurückgezahlt.

Diese „Erfüllungspolitik“ hatte jedoch unter den herrschenden Umständen, mit dem niedrigen Niveau der deutschen Exporte, Folgen, die in keiner Weise vorhergesehen wurden. Wenn Brüning die Auslandsverpflichtungen so weit wie möglich erfüllen wollte, musste die Regierung auf alle im Deutschen Reich verfügbaren ausländischen Zahlungsmittel zurückgreifen. Außerdem musste die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie fortgesetzt werden, so dass alle ausländischen Zahlungsmittel so weit wie möglich „planmäßig“ gesammelt und verteilt werden mussten. Deshalb ordnete Brüning per Notverordnung an, dass alle Unternehmer, die über mehr als 20.000 Mark an Devisen verfügten, diese innerhalb einer Woche bei der Reichsbank zur Einziehung vorlegen mussten (Juli 1931). Damit wurden alle Devisen des Deutschen Reiches an einer zentralen Stelle konzentriert. Darüber hinaus sah die Notverordnung vor, dass alle Exporteure der Reichsbank eine Rechnung über die gelieferten Waren mit den erzielten Preisen vorlegen mussten, damit ein Überblick über alle deutschen Exporte gewonnen werden konnte. Die Unternehmer, die Zahlungen im Ausland zu leisten hatten, konnten die erforderlichen Devisen bei der Reichsbank beantragen, die dann über die Zuteilung entschied. So führte die Devisenkontrolle zu einer *Kontrolle des gesamten deutschen Außenhandels, sowohl der Importe als auch der Exporte*. So führte die Politik der Erfüllung mit der herrschenden Devisenknappheit zu der Kontrolle eines wichtigen Teils des Betriebslebens, obwohl dies sicherlich nicht die ursprüngliche Absicht war.

Es stellte sich jedoch bald heraus, dass die Kontrolle des Außenhandels nicht ausreichte, um die ausländischen Zahlungsmittel zu kontrollieren. Die Kapitalflucht fand in Form von Wertpapierverkäufen statt. Die Aktionäre verkauften ihre Wertpapiere an der deutschen Börse. Der Erlös wurde dann in deutscher Währung bei einer Bank hinterlegt, woraufhin die Eigentümer einen Bankier im Ausland beauftragten, in ihrem Namen ausländische Wertpapiere zu kaufen. Dies wiederum erhöhte den Betrag, den die deutschen Banken in ausländischer Währung zahlen mussten. Es führte also zu einer neuen Notverordnung gegen die Kapitalflucht. Die Bankguthaben, die aus dem Verkauf von Wertpapieren stammten, wurden gesperrt. Sie durften nicht mit ausländischen Währungen verrechnet werden und konnten nur für Investitionen im Inland verwendet werden. So führte die Erfüllungspolitik dazu, dass in der herrschenden Devisenknappheit die *Kontrolle der Kapitalanlage* begann, was sicherlich nicht die ursprüngliche Absicht war (November 1931). So legte Brüning's Erfüllungspolitik den Grundstein für die Entwicklung ihres Gegenteils, der Machtpolitik, die die Krallen des deutschen Raubvogels, des deutschen Adlers, schärfen sollte. Es ist also ganz richtig, wie das „Algemeen Handelsblad“ vom 16. April 1939 schreibt:

„Aus wirtschaftlicher Sicht ist es äußerst interessant zu sehen, wie Deutschland seit 1931 in eine Richtung gelenkt wurde, die anscheinend dazu bestimmt war, unabhängig von der Regierungsform des Landes fortzubestehen; man könnte sogar die These vertreten, dass die politische Neuordnung, die 1933 stattfand, hauptsächlich das *Ergebnis der* wirtschaftlichen Entwicklung der vorangegangenen Periode war. Als Deutschland im Juni 1931 Devisenmaßnahmen einführte, schuf die damalige Regierung Brüning die ersten Voraussetzungen, die zu der totalitären Wirtschaft führen sollten, die wir heute in Deutschland sehen.“

(Fortsetzung folgt)



RUSSLAND UND DIE GROSSE NIEDERLAGE DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE IM JAHR 1933

Als unsere Zeitschrift noch unter dem Namen P.I.C. herausgegeben wurde, druckten wir in der Ausgabe vom März 1933 (zur Zeit der Machtergreifung Hitlers) einen Artikel mit dem Titel „Klassenkampf in Deutschland“. Da dieser Artikel viel Material enthält, das unseren heutigen Lesern nicht vertraut ist, drucken wir ihn in leicht gekürzter Form ab. Er lautete wie folgt:

[...] Die K.P.D. ist in die Illegalität getrieben worden und steht nun vor den Scherben ihrer eigenen Politik. Jahrelang war die K.P.D. der große ideologische Verbündete und Konkurrent des Faschismus, wenn es um die nationalistische Agitation der Massen ging. Nicht nur die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung, sondern auch die Dritte Internationale und ihre Komplizin, die K.P.D., tragen die schwere Verantwortung für die Vorbereitung dieser schrecklichen Niederlage der Arbeiterklasse, indem sie die Interessen des russischen Staates und nicht die der proletarischen Revolution, die Entwicklung des proletarischen Bewusstseins, in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen. Russland, das sich 1921 in tiefstem Elend befand, unter anderem weil die vom westlichen Kapital finanzierten Armeen der Konterrevolution einen übermenschlichen Kampf an 23 Fronten entfachten, musste vor allem versuchen, seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Russland musste sich mit Maschinen und Rohstoffen aus dem Ausland versorgen, die es noch nicht selbst herstellen konnte, so dass der Abschluss von *Handelsabkommen* mit den kapitalistischen Mächten unerlässlich war. Deshalb mussten die breiten Massen in den kapitalistischen Ländern zu Hilfstruppen für die russische Außenhandelspolitik gemacht werden. Die werktätigen Massen mussten zweierlei erreichen: Erstens mussten sie eine Kraft gegen die Bourgeoisien bilden, um Russland keine militärischen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und zweitens mussten sie diese zu einer friedlichen Handelspolitik gegenüber Russland zwingen. Angesichts seines desolaten Zustands würde Russland von einer Revolution, insbesondere in Deutschland, *nicht* profitieren, da sie die Wirtschaft völlig stören und ihm die direkte Unterstützung entziehen würde, die es für seine Entwicklung benötigt. Was Russland brauchte, war ein Regierungswechsel in den kapitalistischen Ländern, die in einen regelmäßigen Austausch mit Russland treten und die notwendigen Maschinen und Rohstoffe auf Kredit liefern wollten.

Diese Politik erforderte breite Massenparteien mit einer starken bürgerlichen Ausrichtung. Aus diesem Grund beschloss die Dritte Internationale 1921, die offen revolutionären Gruppen, wie in Deutschland die K.A.P.D. und in Italien die Bordigisten, aus ihren Reihen auszuschließen, um den Anschluss an die linken Sozialdemokraten zu suchen (in Deutschland fusionierte die USP mit der KP zur Vereinigten Kommunistischen Partei).

Die K.P.D. musste nun die Massen erobern, auch wenn sie nicht kommunistisch waren. Für die Dritte Internationale war die Arbeit mit den unbewussten Massen die Voraussetzung für die Umsetzung ihrer politischen Ziele, Russland zu unterstützen und die Interessen der Revolution denen des russischen Aufbaus unterzuordnen. „Unten“ waren die unbewussten Massen, die im Kielwasser der Parteibosse „oben“, die die Politik bestimmen, mitsegeln mussten. Die Kontrolle der unbewussten Massen bedingt die Unterdrückung jeglicher Eigeninitiative, die von unten nach oben dringt: Der Organisationsapparat kann nur mit willigen Werkzeugen der obersten Führung besetzt werden, mit Marionetten, die nur deshalb in Führungspositionen gelangen, weil ihnen jegliches eigenständige Urteil fehlt. Die kommunistischen Parteien sind also die Organisation der geistigen Armut des Proletariats.

Die K.P.D. musste nun die Massen erobern, um eine Massenpartei zu werden. Deshalb formulierte sie keine echten revolutionären Parolen, sondern schloss sich den bürgerlichen Instinkten der Massen an. Der Nationalismus, der in den intellektuellen, kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten tief verwurzelt war, wurde zum Ausgangspunkt für die Entwicklung zur Massenpartei. Und so hat die K.P.D. nicht die Massen erobert, sondern die K.P.D. wurde von den bürgerlichen Massen erobert.

Die Ausplünderung der deutschen Massen durch den Versailler Vertrag war der Ausgangspunkt für das Anwachsen der Macht von Massenparteien und die Entwicklung zu Regierungsparteien. Die Kapitalisten aus den Siegerländern zogen dem deutschen Volk jedes Jahr riesige Summen ab. So erklärte die Dritte Internationale, dass Deutschland faktisch zu einem Kolonialgebiet geworden sei, aus dem die ausländischen Kapitalisten ein leichtes, arbeitsloses Einkommen zögen. Deutschland hatte seine „Unabhängigkeit“ verloren, es war ein von fremden Herrschern „unterdrücktes“ Land geworden. Deutschland hatte sich von einem imperialistischen Land in eine „Nation“ verwandelt, die noch immer für ihre nationale „Unabhängigkeit“ gegen die fremden Machthaber kämpfen musste! Und wir wissen, dass das in der Sprache Moskaus heißt: Einheitsfront mit den kapitalistischen Klassen, die sich auch vom fremden Joch befreien wollen!

Auf diese Weise hat auch die K.P.D. bzw. Moskau die Frage an Deutschland herangetragen. Wir finden die Formulierung in den „Statuten und Entschlüssen des Exekutivkomitees der Dritten Internationale vom Dezember 1926“; siehe *Inprecorr*², Nr. 11, S. 220, englische Ausgabe. Sie lautete wie folgt:

„Insofern Deutschland ein erobertes und ausgeplündertes Land war, das vom siegreichen Imperialismus der Entente unterworfen wurde, und somit zu einem Land wurde, das unter bestimmten Bedingungen *einen gerechten nationalen Befreiungskrieg* gegen die Entente-Imperialisten führen konnte, und insofern diese Verteidigung ihrer Unabhängigkeit von der Bourgeoisie sabotiert wurde, war es die Aufgabe der Kommunisten, den feigen und widerstrebenden Willen der deutschen Bourgeoisie gegen den Entente-Imperialismus durch das energische Eingreifen der werktätigen Massen zu erheben. In diesem Fall war es notwendig, die Kapitalisten als Verräter der ganzen deutschen Nation darzustellen und *das Proletariat als die einzigen wirklichen Kämpfer für die Befreiung des ganzen Landes gegen die ausländischen Imperialisten zu zeigen* [...] Deshalb konnte die Arbeiterklasse nicht die Frage der nationalen Verteidigung für Deutschland stellen, wie sie es in einem imperialistischen Deutschland hätte tun müssen.“

Wie bereits erwähnt, war die deutsche Bourgeoisie zu feige, den „gerechten Krieg zur nationalen Befreiung“ zu führen. Für uns ist diese Feigheit jedoch nicht glaubwürdig, sondern damit zu erklären, dass die Großbourgeoisie an den ausländischen Machthabern mit der Ablieferung der Kriegserlöse Geld verdiente. Aber die Intellektuellen, der kaufmännische Mittelstand, die Beamten und das Proletariat waren die Leidtragenden, weil sie bis auf die Knochen ausgesaugt wurden. So entstanden *zwei* wichtige Parteien, die den „nationalen Befreiungskampf“ führen wollten, nämlich die faschistische Partei der Intellektuellen und das Kleinbürgertum der K.P.D. Einerseits standen sie als ideologische Verbündete vor einer gemeinsamen Aufgabe, andererseits als Konkurrenten, die sich in der nationalistischen Kriegshetze gegenseitig zu übertreffen versuchten. Dies kann auch das Phänomen einer konstant hohen Fluktuation der Mitglieder von den Faschisten zu den Kommunisten und von den Kommunisten zu den Faschisten erklären.

Um eine regierende Massenpartei zu werden, musste die proletarische Revolution aus dem Programm gestrichen und durch den *Einsatz für eine Arbeiterregierung* ersetzt werden! Eine mächtige „Volksbewegung“ musste die Regierung zum Rücktritt zwingen, woraufhin ein Ministerwechsel eine Arbeiterregierung an die Macht bringen musste. Dies gelang bekanntlich in Sachsen; es wurde eine Arbeiterregierung gebildet, in der sich die S.P.D. und die K.P.D. die Ministersitze teilten. Die Aufgabe dieser Arbeiterregierung war natürlich nicht die Durchführung der sozialen Revolution, das kann keine Regierung, die Aufgabe war nicht einmal die direkte Abschaffung des Versailler Vertrages, sagt Radek in seinem Kampf gegen die Trägheit des „Vorwärts“³:

„Und haben wir die Pflicht, gegen die Versklavung Deutschlands durch den Versailler Vertrag zu kämpfen? Der Vorwärts kann dies nicht leugnen [...] Und wir versprechen den Massen nicht, dass, wenn heute in Deutschland eine Arbeiterregierung gebildet wird, diese in der Lage sein wird, die Last von Versailles im Handumdrehen von den Schultern Deutschlands zu nehmen. Aber wir wissen vor allem, dass wir versuchen würden, diese Last von den Schultern der armen Arbeiter zu nehmen, dass wir die Last denen aufbürden würden, die sie tragen können. Zweitens wissen wir auch, dass wir gegen den Vertrag von Versailles kämpfen könnten und würden, so wie das russische Volk gegen die Versuche der Versklavung gekämpft hat und kämpft. Die Arbeiterregierung [...] *würde mutig, wenn nötig, auch den bewaffneten Kampf gegen den Versailler Vertrag vorbereiten!*“ (Radek in der Broschüre Schlageter, S. 7, Fettdruck von Radek – hier *kursiv*).

² Inprecorr, (Abkürzung für Internationale Pressekorrespondenz) war von 1921 bis 1939 die Zeitung der Kommunistischen Internationale (Komintern) und wurde in bis zu acht Sprachen unter verschiedenen Titeln herausgegeben. (siehe Wikipedia)

³ Vorwärts, Parteizeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, später bis heute der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der gerechte Krieg für die nationale Befreiung unter direkter Führung der alten deutschen Generäle oder, wenn die Bourgeoisie zu feige war, unter der Führung einer „Arbeiterregierung“ wurde zum Eckpfeiler der K.P.D.-Politik. Die beiden für die „Freiheit des deutschen Volkes“ kämpfenden Parteien, die Faschistische Partei und die K.P.D., wurden bewusst zusammengeführt. Graf Reventlow⁴, der Führer der Faschisten, schrieb in der „Roten Fahne“ Leitartikel über die Zusammenarbeit⁵, die von Radek, ebenfalls in der „Roten Fahne“, beantwortet wurden. Umgekehrt wandten sich die Führer der K.P.D. mit ihrer nationalistischen Hetze an die faschistischen Intellektuellen. So sprach Ruth Fischer⁶ (Vorstand der K.P.D.) am 25. Juli 1923 auf einer Studentenversammlung in Berlin zum Thema: „Wofür ist Schlageter gestorben?“ (Anmerkung: Schlageter war ein Faschist, der während der Ruhrbesetzung von den Franzosen erschossen wurde). Sie wandte sich an die Herren Faschisten wie folgt:

„Das Deutsche Reich, die deutsche Kulturgemeinschaft, die Einheit der Nation, all das kann gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutsch-völkischen Seite (also die Faschisten), erkennen, dass Sie gemeinsam mit den in der Kommunistischen Partei organisierten Massen kämpfen müssen. [...] Sie appellieren gegen das jüdische Kapital, meine Herren? Völlig richtig. Tretet die jüdischen Kapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, vernichtet sie!!!“

Nach dieser hervorragenden Einführung in die proletarische Strategie der K.P.D. folgte die Diskussion, in der Dr. Rosenberg⁷ (K.P.D.) eine Einheitsfront mit den Faschisten in folgender Weise befürwortete:

„Die K.P.D. könnte mit einer langen Liste von Toten aufwarten (Liebknecht, Luxemburg), aber die Vergangenheit muss begraben bleiben, wichtig ist jetzt, das hervorzuholen, was uns verbindet.“

Und in der „Roten Fahne“ vom 18. August 1923 findet sich die Bemerkung:

„Auch mit denen, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir zusammengehen, wenn sie sich in unsere Reihen einreihen.“

Doch zu einer wirklichen Einheitsfront konnte es nicht kommen, weil die K.P.D. an zwei Fronten zu kämpfen hatte. Neben der nationalistischen Verdummung der Massen hatten sie auch mit dem täglichen Klassenkampf zu kämpfen und bildete ein Element der Unruhe im deutschen Wirtschaftsleben. Der kleinbürgerliche Mittelstand und die Intellektuellen der faschistischen Anhängerschaft sahen darin eine Bedrohung ihrer Existenz, so dass sie sich nicht trauten, ein direktes Bündnis mit der K.P.D. einzugehen. Darunter hat die K.P.D. nicht gelitten, denn sie hat sich wirklich zu einer Massenpartei entwickelt. Die faschistische Partei hingegen hat keine nennenswerten Fortschritte gemacht. Der Grund dafür liegt, wie bereits gesagt, im hemmenden Einfluss des Großkapitals. Solange das Großkapital noch von der Ausplünderung der Massen durch das Entente-Kapital profitierte, folgte es der „Politik der Versöhnung“ von Rathenau⁸, Stresemann. Mit dem Aufbau Nordfrankreichs und der Einstellung der „Sachlieferungen“ änderte sich dies jedoch. Mit der Einstellung dieser Lieferungen ging ein großer Teil des Absatzgebietes des deutschen Außenhandels verloren. Die „Feigheit“ des deutschen Großkapitals hat sich in Mut verwandelt. Auch sie wird den Versailler Vertrag bekämpfen, denn ihre investierten Millionen sind in Gefahr. So haben wir seit 1928 einen plötzlichen und raschen Aufstieg der faschistischen Bewegung erlebt: Sie wird nun vom Großkapital finanziert.

War der Faschismus zunächst eine Bewegung des Handelsbürgertums, der Intellektuellen und der klerikalen Klassen, so wird er jetzt zu einer Bewegung im Dienste des Großkapitals, die alle diese Bevölkerungsschichten in ihren Bann zieht, was mit Hilfe der Presse nicht allzu schwer zu bewerkstelligen war. Im Grunde genommen ist dieses beispiellose Wachstum des Faschismus also ein Krisenphänomen. Es ist eine Krise in dem Sinne, dass die Gewinne nicht mehr fließen und das Kapital von der Vernichtung bedroht ist. Deshalb *muss* sich die deutsche Bourgeoisie jetzt auf einen neuen Krieg vorbereiten ... wie alle anderen Staaten auch. Deshalb *muss* sie jetzt den Versailler Vertrag durchbrechen, deshalb *muss* sie eine neue Armee aufbauen, deshalb *muss* sie „Gleichheit“ mit den anderen Bourgeoisien fordern.

⁴ Ernst Graf zu Reventlow (1869-1943), nationalsozialistischer Ideologe.

⁵ Rote Fahne, Parteizeitung der KPD

⁶ Ruth Fischer (1895-1961), Schwester des Komponisten und Kommunisten Hanns Eisler, war führendes Mitglied des linken Flügels der KPD. Später wurde sie aus der Partei ausgeschlossen und bekämpfte die stalinistische Ausrichtung der von der Sowjetunion gesteuerten kommunistischen Bewegung.

⁷ Arthur Rosenberg (* 19. Dezember 1889 in Berlin; † 7. Februar 1943 in New York) Er war von 1924 bis 1928 Mitglied des Reichstages, zunächst als KPD-Mitglied, nach seinem Austritt 1927 dann als partei- und fraktionsloser Abgeordneter. (Wikipedia)

⁸ Walther Rathenau (1867-1922) beteiligte sich an der Organisation der Kriegswirtschaft im I. Weltkrieg. Nach dem Krieg warfen ihm Rechtsradikale eine „Erfüllungspolitik“, die Zusammenarbeit mit den Siegermächten vor. Er wurde 1922 ermordet.

DIE DRITTE INTERNATIONALE GIBT DIE GRUNDPRINZIPIEN DES PROLETARISCHEN BEFREIUNGSKAMPFES AUF

Wir haben oben gezeigt, wie die K.P.D. jetzt vor dem Ruin ihrer eigenen Politik steht, wie sie dazu beigetragen hat, nationalistische Geister zu wecken, deren Opfer sie letztlich wurde. Oder besser gesagt, es ist nicht die Politik der K.P.D., denn sie kann nie und wird nie in der Lage sein, die Politik selbst zu bestimmen; es ist Russland, das mit Hilfe seiner Auslandsniederlassung dieses schreckliche Debakel über die deutsche Arbeiterklasse gebracht hat. In ihrem Bestreben, schnell Einfluss auf die Militär- und Handelspolitik der kapitalistischen Länder gegenüber Russland zu nehmen, hat die Dritte Internationale die K.P.D. gezwungen, die Grundprinzipien des proletarischen Befreiungskampfes aufzugeben und überzulaufen zu einer umfassenden proletarischen Verwirrung hinsichtlich der gemeinsamen Interessen, die das Proletariat und die Bourgeoisie in bestimmten Fragen haben würden.

Es ist aber gerade die größte Errungenschaft des proletarischen Bewusstseins, dass wir verstanden haben, dass Proletariat und Bourgeoisie *nichts*, buchstäblich *nichts*, gemeinsam haben. Die „Einheit der Nation“ oder die „deutsche Kulturgemeinschaft“, mit der Ruth Fischer (K.P.D.) die Arbeiter täuscht, den Kampf für die Rechte des deutschen „Volkes“, mit dem Radek seinen Teil zur Verdummung der Arbeiter beiträgt, gibt es gar nicht. Rosa Luxemburg schrieb bereits 1908 in einer polnischen Zeitschrift („Przegłoud Socjaldemokratyczny“) eine Reihe von Artikeln über „Die Nationalitätenfrage und die Autonomie“ (=Selbstverwaltung), die wir im Folgenden auszugsweise wiedergeben (K.A.Z.⁹, Nr. 25, März 1927, rückübersetzt aus dem Niederländischen):

„In einer Klassengesellschaft gibt es „das Volk“ als sozio-politische Einheit nicht! Im Gegenteil: In jeder Nation gibt es Klassen mit gegensätzlichen Interessen und ‚Rechten‘. Es gibt buchstäblich kein gesellschaftliches Feld, von den größten bis zu den feinsten moralischen Beziehungen, in dem die besitzenden Klassen und das klassenbewusste Proletariat zusammenfallen, wo sie als ungeteilte nationale Einheit auftreten könnten. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen vertritt die Bourgeoisie überall die Interessen der Ausbeutung und das Proletariat die Interessen der Arbeit. Auf dem Gebiet der Rechtsbeziehungen ist das Privateigentum die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, während das Interesse des Proletariats die Befreiung des eigentumslosen Menschen von der Herrschaft des Eigentums verlangt. Selbst auf dem Gebiet der so genannten *allgemeinen menschlichen Begriffe*, im Kunstverständnis, in der Bildung, stellen die Interessen, die Weltanschauung und die Ideale der Bourgeoisie und des Proletariats *zwei getrennte*, durch eine Kluft getrennte *Lager* dar. Da die Begriffe ‚Volk‘, ‚Recht‘ und ‚Volkswille‘ als ungeteiltes Ganzes [...] ein Relikt aus einer Zeit des unreifen und unbewussten Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat sind, ist ihre Verwendung vom Standpunkt des klassenbewussten und unabhängig organisierten Proletariats aus gesehen *ein unversöhnlicher Antagonismus* [...]. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird erst in jener Gesellschaftsordnung aufhören, eine Phrase zu sein, in der auch das ‚Recht auf Arbeit‘ aufgehört hat, ein bloßer Rauch zu sein [...].“

Diese Erkenntnis, dass Bourgeoisie und Proletariat absolut nichts gemeinsam haben, ist der Eckpfeiler des proletarischen Bewusstseins. Sie ist unsere gegenwärtige Schwäche und unsere zukünftige Stärke. Unsere zahlreiche Klasse der Wohlstand produzierenden Armen kann nur in diesem Klassenverständnis, in diesem Bewusstsein reich werden. Deshalb ist dies der Dreh- und Angelpunkt, von dem unser gesamtes Denken und Handeln ausgeht, ohne dass wir uns von der *falschen Macht* der Zusammenarbeit mit anderen Klassen leiten lassen. Wer immer noch gemeinsame Interessen zwischen Unterdrückern und Unterdrückten sieht, wer immer noch Worte wie „Einheit der Nation“, „Befreiung des Volkes“, „Rechte eines Volkes“ verwendet, beweist, dass er noch im Kielwasser des bürgerlichen Denkens segelt. Und wer immer noch wider besseres Wissen mit solchen Begriffen operiert, wie es die Dritte Internationale und ihre Anhänger tun, ist ein vorsätzlicher Betrüger des Proletariats. Wir werfen der Dritten Internationale vor, dass sie um der russischen Staatsinteressen willen die einfachsten Prinzipien des proletarisch-sozialen Gedankens verletzt, um in dieser Hinsicht zur Bourgeoisie überzulaufen und die werktätigen Massen furchtbare Niederlagen erleiden zu lassen, wie sie die deutsche Arbeiterklasse unter der Hitlerdiktatur erlitten hat. Denn das Fatale an dieser bürgerlichen Denkweise ist, dass die Arbeiter in ihrer Schwäche dort Hilfe und Unterstützung suchen, wo es keine gibt, nämlich bei anderen Klassen, mit denen sie ihre eigenen Niederlagen vorbereiten.

⁹ Kommunistische Arbeiter-Zeitung (Berlin) 1920-1932; <https://aaap.be/Pages/KAZ-Berlin.html>

RUSSLAND BEWAFFNET DIE DEUTSCHE BOURGEOISIE!

Im Kampf um die Handelsverträge zwischen dem russischen Staatskapitalismus und dem Privatkapitalismus der anderen Länder begnügte sich Russland nicht mit der geistigen Verdorbenheit der Massen, sondern unterstützte die deutsche Bourgeoisie, d.h. die deutsche Konterrevolution, direkt militärisch. In einem geheimen Militärvertrag vom 15. März 1922 zwischen den deutschen und russischen Mächten wurde die deutsche Kriegsindustrie, die durch den Versailler Vertrag eingeschränkt worden war, teilweise auf russischen Boden verlegt (der Text dieses Vertrages sowie der Schlüssel zu den Codewörtern sind in der K.A.Z., Nr. 59, 9. Jahrgang 1928, abgedruckt). Das Einzige, was die Massen in der „demokratischsten Republik der Welt“, Deutschland, vorläufig mitbekamen, war, dass der Reichstag einen Fonds von 60 Millionen Mark für eine „Sonderabteilung“ des Reichstags beantragte, für die „im Interesse der Nation“ kein „weiterer Hinweis“ gegeben werden konnte. Zur Überraschung aller stimmte am 23. März 1926 auch die K.P.D. zusammen mit den Deutschnationalen und den Völkischen (die Faschisten) für diese Stärkung der Konterrevolution. Von den Hunderten von Millionen, die bis dahin in die „Sache“ investiert wurden, hörte man erst später. Selbstverständlich hat die Sozialdemokratie auch in dieser Frage ihre patriotische Pflicht nicht verletzt; die Vereinbarung kam unter Ebert zustande. In bewegender Einmütigkeit stellte sich „das ganze Volk“ hinter die Regierung. Der nationale Gedanke dominierte die nationalen Auseinandersetzungen, oder wie Radek es ausdrückte: „Die Sache des Volkes zur Sache der Nation zu machen, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes.“

Es versteht sich von selbst, dass es der K.P.D. nicht gefiel, als das Militärbündnis zwischen „Sowjetrussland“ und der deutschen Konterrevolution durchgesickert war. Zuerst versuchte sie, dies zu leugnen, aber schließlich musste sie es zugeben und stellte es als eine geschickte revolutionäre Politik dar. Wie der Fall zu begründen war, zeigt die Stellungnahme von Arthur Ewert¹⁰ (K.P.D.-Parteivorstand) auf dem Bezirksparteitag in Hamburg. Wir lesen darüber in der „Hamburger Volkszeitung“ (K.P.D.) vom 1. März 1927:

„Nun ein Wort zu den sowjetischen Granaten. Parteigenossen! Nehmen wir zum Beispiel die türkische Regierung. Sie hat einen Krieg gegen Griechenland geführt. Und auch Sowjetrussland lieferte der türkischen Regierung Waffen. Dies ist eine unbestrittene und feststehende Tatsache. Gleichzeitig verfolgte dieselbe türkische Regierung jedoch äußerst scharf die Kommunisten in der Türkei mit Nachdruck; auch dies ist eine unbestrittene Tatsache. Unsere Partei in der Türkei arbeitete unter den schwierigsten Bedingungen, aber trotzdem wurde der Kampf dieser nationalen türkischen Regierung gegen den Vormarsch des westlichen Imperialismus von Sowjetrussland unterstützt. Das muss den Arbeitern klar gemacht werden.“

Dieser Zusammenschluss Russlands mit der deutschen Konterrevolution war von weitreichender Bedeutung, denn er führte auch zu einem Zusammenschluss im kommenden Krieg für „die Rechte des deutschen Volkes“.

Bucharins Aufgabe war es, die Massen bereitwillig in einen neuen Krieg unter ihren alten deutschen Generälen zu führen. Er hat dies wie folgt vorbereitet:

„Dürfen proletarische Staaten auf der Grundlage der Wirksamkeit der Strategie des gesamten Weltproletariats Militärblöcke mit bürgerlichen Staaten schließen? Es gibt keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einem Darlehen und einem Militärbündnis. Und ich behaupte, dass wir bereits so weit sind, dass wir ein Militärbündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mit Hilfe dieses bürgerlichen Staates eine andere Bourgeoisie zu vernichten [...] Bei dieser Form der Landesverteidigung, eines Militärbündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesen Block zum Sieg zu führen“ (Vierter Kongress der Dritten Internationale, Bericht S. 420).¹¹

Die K.P.D. war bereit, diesen furchtbaren Verrat an der Arbeiterklasse zu begehen. Die militärische Formation, die die revolutionären Arbeiter gebildet hatten, der Rotfrontkämpferbund, wurde der deutschen Bourgeoisie bereits im Voraus angeboten, um „die deutsche Kulturgemeinschaft“ zu verteidigen. Das Angebot wurde von Clara Zetkin (K.P.D.) im Parlament gemacht. Sie erklärte:

¹⁰ Arthur Ewert (1890-1959), 1914 nach Kanada ausgewandert, versuchte er dort eine Kommunistische Partei zu gründen. Die Gründungsversammlung wurde verraten und Ewert nach Deutschland ausgewiesen. Er schloss sich der KPD an und arbeitete im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

¹¹ Vierter Kongress: <https://aaap.be/Pages/Theme-Komintern-Kongresse.html#vier>

„Ich glaube sogar, im Gegensatz zu Herrn Wels, dass es nicht so aussichtslos ist, wie er sich vorstellt, dass unter Umständen *eine Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und den Rotfrontsoldaten zustande kommen wird* [...]“ (127. Sitzung des Reichstages am 27. November 1925, Bericht S. 4637-4638).

Nur ein kleiner Teil des deutschen Proletariats durchschaute das schändliche Spiel, das mit den Massen getrieben wurde. Und es ist das unsterbliche Verdienst der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, der K.A.P.D., die russische Politik einer schonungslosen Kritik unterzogen zu haben. Die Schärfe ihrer Angriffe zwang sogar die Dritte Internationale, sich zu verteidigen. Und wieder war es Bucharin, der mit dieser schmutzigen Aufgabe betraut wurde. Am 8. Januar 1927 sagte er auf der bolschewistischen Gouvernementskonferenz in Moskau:

„Sie alle wissen sehr gut, dass Deutschland damals die friedlichste Tendenz uns gegenüber verkörperte, wobei die Tatsache, dass Deutschland zeitweise nationaler Unterdrückung, Demütigung, direkter Ausplünderung durch die imperialistischen Staaten ausgesetzt war, eine sehr große Rolle spielte. *Ich möchte auch darauf hinweisen, dass unsere Partei und alle anderen kommunistischen Parteien gerade wegen dieser besonderen Situation in Deutschland es zu Recht für möglich gehalten haben, auch ein bürgerliches Deutschland gegen den Einmarsch der imperialistischen Staaten zu verteidigen.* Wenn heute einige bürgerliche Politiker aus dem bürgerlichen Deutschland, ihre sozialdemokratischen Sprachrohre und ultralinke Abtrünnige aus dem Kommunismus versuchen, unsere Haltung in dieser Angelegenheit als eine Art Sünde und Laster unsererseits darzustellen, können wir ihnen von dieser Tribüne aus sagen, dass wir nicht die Einzigen sind, die dies tun können. *So können wir ihnen von dieser Plattform aus noch einmal erklären, dass die Kommunistische Partei unseres Landes und der von der Kommunistischen Partei geführte Sowjetstaat immer und überall an der Seite aller unterdrückten und sogar national-bürgerlichen Staaten stehen werden, sobald sie von den imperialistischen Räubern von allen Seiten angegriffen werden. Das ist unsere Leitlinie, das ist die Linie, die wir eingeschlagen haben und weiterhin einschlagen werden, wenn solche Fälle in Zukunft auftreten.*“ (Inprekorr, Nr. 11, 25. Januar 1927, deutsche Ausgabe)

Und Russland hat sein Wort gehalten! Im September 1932 überraschte die deutsche Bourgeoisie die so genannte „Abrüstungskonferenz“, indem sie erklärte, sie werde sich nicht an den Beratungen beteiligen, solange Deutschland als minderwertiger Staat behandelt werde. Sie forderte, dass die militärische Macht Deutschlands an die der anderen Großmächte angeglichen wird. Mit anderen Worten: Deutschland¹² forderte mehr Rüstung für Deutschland! Und es lag an Russland und Italien, diese Forderung des „unterdrückten Deutschlands“ zu unterstützen! Zum zweiten Mal rüstet Russland die deutsche Konterrevolution auf! „*Diese Linie haben wir verfolgt und werden sie weiter verfolgen.*“

Und Russland hat sein Wort gehalten! 6. Februar 1933! Litwinow¹³ stellt den versammelten Kapitalisten auf der so genannten „Abrüstungskonferenz“ seine „Charta der Rechte der Völker“ vor.

Russland kennt keine Klassen mehr, sondern spricht zusammen mit der internationalen Bourgeoisie von den „Rechten der Völker“, die im Kapitalismus nie etwas anderes waren und nie etwas anderes sein werden als die Rechte der besitzenden Klassen! „Der einzige Arbeiterstaat der Welt“, „die Diktatur des Proletariats“, bietet der Bourgeoisie die folgende Charta:

„Gestützt auf das *gleiche Recht aller Nationen auf Unabhängigkeit, Sicherheit und Verteidigung, Sicherheit und Selbstverteidigung*, beseelt von dem Wunsch, allen Völkern im Interesse des allgemeinen Friedens das Recht zu sichern, sich frei auf dem Weg und in dem Tempo ihrer Wahl zu entwickeln, und zu diesem Zweck die Sicherheit zu gewährleisten in der Überzeugung, dass es notwendig ist, den internationalen Gremien, die mit der Feststellung der Identität des Angreifers betraut sind, Richtlinien und Anweisungen zu erteilen, erklärt die Generalkommission, dass sie die Unabhängigkeit und volle Unverletzlichkeit ihres Hoheitsgebiets sowie ihr Recht auf Selbstverteidigung gegen Angriffe oder Invasionen von außen, jedoch nur innerhalb ihrer eigenen Grenzen, anerkennt [...]“ (Es folgt eine Aufzählung dessen, was die Bourgeoisie – das Dokument sagt natürlich „das Volk“ – tun darf und was nicht.) („Moskauer Rundschau“, 12. Februar 1933).

Wir wollen hier nicht auf die allgemeine Bedeutung dieses schändlichen Dokuments der „Diktatur des Proletariats“ eingehen, denn wir untersuchen nur die Auswirkungen Russlands auf den Klassenkampf in Deutschland. Wir zitieren ihn deshalb nur, um zu zeigen, dass Russland bis heute zu seinem Wort steht und

12 Im niederländischen Original: Deutschland (nicht Russland). Wenn man den ganzen Abschnitt liest, stimmt er mit dem Anfang „Und Russland hat sein Wort gehalten!“: „Und es lag an Russland und Italien, diese Forderung des ‚unterdrückten Deutschlands‘ zu unterstützen!“

13 Maksim Litwinov (1876-1951), vor dem II. Weltkrieg Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und während des Zweiten Weltkriegs Botschafter in den USA. (siehe Wikipedia)

die deutsche Bourgeoisie aufrüstet. Die „Moskauer Rundschau“ vom 12. Februar 1933 macht darauf wie folgt aufmerksam:

„Das werktätige Volk der Sowjetunion [...] nimmt mit größter Genugtuung den Schritt zur Kenntnis, den die Sowjetregierung in Genf unternommen hat. Aber auch andere Völker, die um ihre Unabhängigkeit kämpfen, werden den Wert der sowjetischen Vorschläge zu schätzen wissen.

Insbesondere das deutsche Volk, das nicht über die Verteidigungsmittel verfügt, die anderen Staaten zur Verfügung stehen, wird die Bedeutung der sowjetischen Vorschläge für die Sache des Friedens verstehen. In Deutschland werden die Menschen besonders schätzen, dass Litwinov auf dem gleichen Recht aller Nationen auf Unabhängigkeit, Sicherheit und Selbstverteidigung besteht.“

In der Tat! Das deutsche Volk, d.h. die deutsche Bourgeoisie, die die Politik bestimmt, wird es schätzen! Sie wird das Recht auf Sicherheit und Selbstverteidigung gerne akzeptieren, denn das bedeutet das „Recht“, eine militärische Großmacht zu bilden, das heißt, das „Recht“, das Proletariat wieder für ihre Interessen in Selbstverteidigung zu töten! Der „einzige Arbeiterstaat der Welt“ schmiedet die deutsche Bourgeoisie und das deutsche Proletariat zum deutschen Volk, das für seine „Unabhängigkeit“ kämpfen muss. Das heißt, *Russland will sich im kommenden neuen Weltkrieg mit der deutschen Bourgeoisie zusammenschließen!*

EPILOG VOM MAI 1939

Wie sich aus dem Obenstehenden ergibt, schrieben wir im Jahr 1933: „Russland will sich im kommenden neuen Weltkrieg mit der deutschen Bourgeoisie zusammenschließen.“ Doch schon bald stellte sich heraus, dass wir uns in dieser Hinsicht geirrt hatten, denn nach 1933 standen sich Russland und Deutschland feindlich gegenüber. Nach dieser Zeit wurden auch die alten Bolschewiken wie Bucharin usw. in Russland vernichtet. Sie wurden beschuldigt, freundschaftliche Beziehungen zur deutschen Reichswehr zu unterhalten. Mit anderen Worten: Sie wurden beschuldigt, sich außenpolitisch an Deutschland zu orientieren. Diese Anschuldigungen beruhen wahrscheinlich auf einer gewissen Wahrheit, denn Russland hat von 1922 (unter Lenin und Trotzki) bis Februar 1933 unter Stalin mit der deutschen Bourgeoisie zusammengearbeitet. Es ist also durchaus möglich, dass Bucharin, Sinowjew¹⁴ usw. die alte Politik fortsetzen wollten. Hitlers feindliche Haltung gegenüber Russland machte diese Politik jedoch zumindest vorerst unmöglich, so dass sich die russischen Machthaber einem Bündnis mit den großen Kapitalmächten Frankreich und England zuwandten. Der Münchner „Frieden“, in dem die Russen völlig ausgeschaltet wurden, hat jedoch gezeigt, dass die westlichen Kapitalmächte nur dann ein Bündnis mit ihrem asiatischen Konkurrenten eingehen, wenn es unbedingt notwendig ist. So ist das Bündnis Russlands mit Deutschland bzw. die „Neutralität“ Russlands im Falle eines Krieges Deutschlands gegen die Westmächte wieder in das Feld der praktischen Politik zurückgekehrt. Während Hitler früher in seinen Reden Russland heftig angriff, hört man heute nichts mehr davon. Umgekehrt ist eine Annäherung Russlands an Deutschland nach dem Münchner Frieden nicht zu übersehen. Es scheint, dass die alte Linie der Unterstützung der deutschen Bourgeoisie, die nicht von Russland, sondern von Hitler abgebrochen wurde, nun fortgesetzt wird¹⁵.



DER JAPANISCHE IMPERIALISMUS (Ende)

DER JAPANISCHE IMPERIALISMUS IN DER MANDSCHUREI UND IN CHINA

Vor sechzig Jahren war die Mandschurei noch hauptsächlich von mongolischen Nomadenstämmen bewohnt, die von der Jagd und der Schafzucht lebten. Um diese Zeit begann eine chinesische Einwanderung von Bauern, die die nomadischen Stämme vertrieben und eine „höhere“ Produktionsweise, hier die landwirtschaftliche Produktion, mitbrachten.

In diese Zeit fielen auch die ersten Kapitalexperte aus Russland und Japan, die ein ausgedehntes Eisenbahnnetz aufbauten. Diese Eisenbahngesellschaften dienten jedoch nicht nur dem Transport, sondern waren auch in der Holzgewinnung, im Bergbau und in anderen Industrien tätig.

¹⁴ Grigori Sinowjew (1883-1936), enger Vertrauter Lenins, später im Rahmen der stalinistischen Säuberungen hingerichtet.

¹⁵ Dies wurde durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt vom August 1939 bestätigt. Zuvor hatten die liberalen Demokratien auf der Münchener Konferenz ein Abkommen mit dem faschistischen Hitler-deutschland geschlossen, wogegen die stalinistische Sowjetunion von dieser Konferenz ausgeschlossen war.

BEGINN DES JAPANISCHEN VORDRINGENS IN DIE MANDSCHUREI

Nach 1900 wuchs sowohl der russische als auch der japanische Einfluss in der Mandschurei und in Korea, bis die Widersprüche zwischen den beiden Ländern 1904 in einem Krieg endeten. In diesem Krieg wurde die Macht des russischen Imperialismus in der Mandschurei fast endgültig gebrochen. Im Frieden von Portsmouth 1905 musste Russland das von China gepachtete Gebiet Kwantung und die südliche Hälfte der *Südmandschurischen Eisenbahn* von Port Arthur¹⁶ nach Changchi¹⁷ an Japan abtreten. So behielt Russland nur in der Nordmandschurei eine gewisse Macht und blieb im Besitz des nördlichen Teils der Südmandschurischen Eisenbahn und der Ostchinesischen Eisenbahn. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft zum mit Abstand wichtigsten Industrieunternehmen der Mandschurei. Die Aufgabe dieser Eisenbahngesellschaft beschränkt sich nicht nur auf den Betrieb von Eisenbahnstrecken, sondern sie betreibt auch Bergbau und Handel und gründet Industrien. Sie liefert Gas und Strom, ist Eigentümerin von Hotelbetrieben, erbringt andere Verkehrsdienstleistungen außerhalb des Schienenverkehrs, Versicherungsgesellschaften und Schulen, Labors, landwirtschaftliche Versuchsstationen, Bibliotheken, Museen usw. Das Unternehmen wurde von der japanischen Regierung ermächtigt, mit den chinesischen Behörden zu verhandeln und Verträge und Abkommen zu schließen. Kurzum, dieses Unternehmen hat einen großen Teil der Mandschurei mit einem Schlag in den kapitalistischen Produktionsprozess einbezogen. Der Einfluss Japans in der Mandschurei erwies sich schon vor dem Weltkrieg als so bedeutend, dass ein internationales Bankenconsortium, das eine Million Pfund Sterling in der Mandschurei investieren wollte, nur 400.000 Pfund erhielt. Und nach dem Weltkrieg nahm die Macht Japans in diesem Land sogar noch zu, denn 1922 wurde China im Rahmen des Vertrags von Washington von Großbritannien und Amerika gezwungen, für Japan günstige Abkommen über den Bau von Eisenbahnen und Bergwerken zu unterzeichnen. Darüber hinaus gelang es der japanischen Bourgeoisie, den „freien Zugang“, d. h. die wirtschaftliche Freiheit, im Inneren der Mandschurei durchzusetzen.

RUSSLAND UND CHINA IN DER MANDSCHUREI NACH 1922

Obwohl China 1922 im Rahmen des Vertrags von Washington ungünstige Verträge unterzeichnen musste, versuchte es, seine verlorene Position in der Mandschurei (die lange Zeit ein so genanntes autonomes Gebiet war, aber eigentlich zu China gehörte) wiederzuerlangen. Dies führte zu wachsenden Spannungen, nicht nur zwischen China und Japan (auf die wir später eingehen werden), sondern auch zwischen China und Russland. Im Jahr 1924 wurde jedoch ein Vertrag zwischen den beiden letztgenannten Ländern geschlossen, durch den die Ostchinesische Eisenbahn zu einem so genannten Handelsunternehmen wurde. Dennoch war Russland in der Lage, die Geschäfte dieses Unternehmens so zu nutzen, dass es seine politische Macht in der Nordmandschurei ausbauen konnte. Die chinesische Bourgeoisie versuchte daher, diesen Einfluss zu brechen. Im Jahr 1927 stießen chinesische Truppen auf die Eisenbahn vor, besetzten die zugehörigen Gebäude und Betriebe und ersetzten die russischen Beamten durch chinesische. Russland reagierte sofort mit der Entsendung von Truppen. Die Chinesen wurden zurückgeschlagen, und bei dem neuen Vertrag, der 1929 in Chabarowsk geschlossen wurde, nahm Russland die freundliche Haltung ein, alles beim Alten zu lassen. Später, im Jahr 1931, als die japanischen Truppen in die Mandschurei einmarschierten, beschloss Russland, die Ostchinesische Eisenbahn für 170 Millionen an Japan zu verkaufen.

CHINESISCHER WETTBEWERB GEGEN JAPAN IN DER MANDSCHUREI

Die wachsende chinesische Macht in der Mandschurei nach 1922 lässt sich am besten an den zahlreichen Eisenbahnen ablesen¹⁸, die in dieser Zeit mit chinesischem Kapital gebaut wurden. Die wichtigsten waren die Strecke von Takushan nach Toenliau mit einer Verbindung von Tsjengsjiatoen nach Taonan und Angantsji und die Strecke Mukden¹⁹ über Hailung nach Kirin. Die Bedeutung dieser Bahnen wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Westmandschurei nun fast völlig unabhängig von der (japanischen) Südmandschurischen Eisenbahn sein würde.

Dieser neue Eisenbahnkomplex war über die Strecke Peking-Mukden mit dem Hafen von Hutu verbunden und hätte der koreanisch-japanischen Stadt Dairen mit Sicherheit einen schweren Schlag versetzt, wenn Japan 1931 nicht eingegriffen hätte.

¹⁶ Port Arthur, derzeit Lüshunkou.

¹⁷ Changchun

¹⁸ U. a. Transmandschurische Eisenbahn von Moskau über Sibirien nach Peking

¹⁹ Der Mukden-Zwischenfall war ein Sprengstoffanschlag japanischer Offiziere am 18. September 1931 in der Mandschurei. Er gilt als Auftakt der Mandschurei-Krise zwischen Japan und China. (siehe Wikipedia)

Um diesen neuen Eisenbahnkomplex mit Leben zu erfüllen, wurde außerdem eine Frachttarifpolitik gegenüber der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft, d.h. gegenüber Japan, betrieben. Im Jahr 1929 wurden die chinesischen Zölle um 47 % gesenkt, so dass das südmandschurische Unternehmen nicht mehr mithalten konnte. Ein zweiter Angriff auf dieses Unternehmen begann mit der Fertigstellung der Strecke von Mukden-Hailung nach Kirin im Jahr 1929. Damit wurde ein Angriff auf die Ostmandschurei eingeleitet. Der Bau der letztgenannten Eisenbahnlinien wurde insbesondere von der japanischen Regierung abgelehnt. Schließlich waren andere chinesische Eisenbahngesellschaften noch dabei, die Nordmandschurei zu erschließen!

Neben der Erschließung des Landes durch die Eisenbahn wurde das chinesische Kapital in die Schiffbarmachung der großen Flüsse investiert. Schließlich sah sich das japanische Kapital in der Mandschurei einer starken Konkurrenz durch neu gegründete chinesische Bergbau-, Forst- und Agrarunternehmen gegenüber.

Dieser wachsende wirtschaftliche Einfluss Chinas führte dazu, dass 1931, als Japan in die Mandschurei einmarschierte, der Handel der heutigen Mandschurei mit China sowohl absolut als auch relativ gesehen stärker zunahm als der Handel zwischen der Mandschurei und Japan und als der gesamte Außenhandel.

Während der Anteil des mandschurischen Handels am chinesischen Handel im Jahr 1907 nur 12 % betrug, lag er 1920 bei 19 %, 1929 bei 21 % und 1930 bei 24 %. Und diese Verlagerung des Handels ging zu Lasten des Handels mit Japan.

Auf diese Weise war das in der Mandschurei investierte japanische Kapital (1,7 Milliarden Yen im Jahr 1931) einer empfindlichen Konkurrenz sowohl durch die chinesische Eisenbahn als auch durch den chinesischen Handel ausgesetzt.

DER „ANLASS“

Neben den oben erwähnten Veränderungen, die das Wirtschaftsleben Japans stark beeinflussten, gab es jedoch noch andere Gründe, die den japanischen Einmarsch in die Mandschurei auslösten.

1. Der Bürgerkrieg in China

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass es große Differenzen zwischen dem mandschurischen General Chang-Tso-Lin²⁰ und der Regierung von Nanking, der Kwo-Min-Tang²¹, gab. Die Regierung von Nanking unter der Leitung von Tsjiang-Kai-Shek war Ausdruck der chinesischen Bourgeoisie (hauptsächlich aus dem Süden und der Mitte Chinas), die mit aller Macht ein mächtiges China, einschließlich der Mandschurei, anstrebte. Die herrschende Klasse der Mandschurei, die hauptsächlich aus Großgrundbesitzern und Minenbesitzern bestand, wehrte sich jedoch dagegen, wirtschaftlich von der südchinesischen Bourgeoisie abhängig zu werden. Mit Chiang-Tso-Lin an der Spitze der Regierung kämpften sie für die Unabhängigkeit ihres Kapitals.

Dies war naturgemäß von großer Bedeutung für Japan. Der Kampf der chinesischen Regierung richtete sich nun nicht mehr nur gegen Japan, sondern auch gegen Chiang-Tso-Lin. Umgekehrt konnte letzterer sein Ziel jedoch nur erreichen, wenn er die Unterstützung Japans suchte. Daher liefen die Interessen der beiden oft parallel. Im Folgenden soll jedoch gezeigt werden, dass es auch große Widersprüche zwischen den beiden gibt.

Der Kampf um die Mandschurei fand zwar zwischen den Hauptmächten China und Japan statt, doch besondere Umstände ließen es so aussehen, als ob in der Mandschurei ein „Bürgerkrieg“ geführt würde. Da die Regierung in Nanking unter der Führung von Chiang Kai Shek behauptete, die Mandschurei gehöre zu China, wurde General Chiang Tso-Lin zu einer Art Rebellengeneral, der niedergeschlagen werden musste. Aber die Niederschlagung des letzteren und die Errichtung der chinesischen Autorität in der Mandschurei würde eine große Gefahr für Japan darstellen.

Daher wurde jeder Angriff der Regierung in Nanking auf Chang-Tso-Lin von der japanischen Regierung als „Bürgerkrieg“ interpretiert, der den japanischen Interessen in der Mandschurei schadete. Mit dieser „Rechtfertigung“ konnte Japan dann seine Truppen einmarschieren lassen. So zum Beispiel im Jahr 1925.

In diesem Jahr kam es zu einer Schlacht zwischen Chiang-Tso-Lin und dem damaligen General von Peking, Feng-Hu-Hsiang. Einer der Anführer von Chang-Tso-Lin lief jedoch zum General von Peking über, der

²⁰ Chang-Tso-Lin: Zhang Zuolin (1875-1928), war ein chinesischer General und späterer Warlord. Nach der Xinhai-Revolution und der Absetzung der Qing-Dynastie baute er mit japanischer Unterstützung seinen Machtbereich in Nordostchina aus. (siehe Wikipedia)

²¹ Kwo-Min-Tang: Kuomintang, bürgerlich-nationalistische chinesische Partei

wiederum mit Chang-Kai-Shek, d. h. mit der Regierung von Nanking, in Verbindung stand. Aufgrund dieses Verrats konnte Chang-Tso-Lin nicht standhalten und die chinesischen Armeen konnten in die Westmandschurei einmarschieren und die Eisenbahnlinie Peking-Mukden besetzen.

Dies bedeutete eine Gefahr für die japanischen Besitztümer in diesen Gebieten. Um die „Ordnung“ aufrechtzuerhalten und den „Kommunismus“ zu bekämpfen, rief Japan eine neutrale Zone von sieben Meilen links und rechts der Südmandschurischen Eisenbahn aus. Die chinesischen Armeen konnten nicht weiter vorrücken. Chang-Tso-Lin erhielt Zeit, neue Truppen zu sammeln, und es dauerte nicht lange, bis die chinesischen Truppen zurückgeschlagen wurden.

Im Jahr 1928 hingegen unternahm die Kwo-Min-Tang von Peking aus einen weiteren Vorstoß gegen Chiang-Tso-Lin. Erneut drohte der „Bürgerkrieg“, wie ihn die Japaner nannten, in der Mandschurei ausgetragen zu werden. Deshalb kündigte der japanische General Tanaka (der Mann des so genannten berüchtigten Berichts) an, dass Japan im Falle eines erneuten Bürgerkriegs in der Mandschurei verpflichtet wäre, selbst für „Frieden und Ordnung in der Mandschurei“ zu sorgen. Die chinesischen Truppen haben dann die „Große Mauer“ nicht überquert.

Wie wir später noch genauer sehen werden, zielte die Innenpolitik von Chiang-Tso-Lin auf die Stärkung der Macht der herrschenden Klasse in der Mandschurei ab. Dies war jedoch nicht die Absicht der japanischen Regierung. Wenn man bedenkt, dass Chiang Tso-Lins Kampf gegen die Regierung in Janking nicht immer glücklich verlief, wird klar, dass er für die japanische herrschende Klasse ab einem bestimmten Punkt zum Stolperstein wurde. Es heißt, dass er vom japanischen Militär eliminiert wurde. Dennoch gelang es der japanischen Regierung nicht, einen Nachfolger in der Mandschurei zu finden, der ihren Wünschen sofort nachkommen würde. Nachfolger wurde Chiang-Hsue-Liang, der Sohn des ermordeten Generals, der jedoch viel eher als sein Vater bereit war, mit der Regierung in Nanking zusammenzuarbeiten. Im Dezember 1929 stellte er die Mandschurei unter die Autorität von Nanking. Damit wurde die „Autonomie“, d.h. die Interessen des japanischen Kapitals, erneut in Frage gestellt. Die Invasion von 1931 setzte dieser Bedrohung jedoch ein Ende.

2. Besteuerung, Währungsmanipulationen und Manipulationen in der Landwirtschaft

Auch das japanische Kapital hat unter all diesen Dingen gelitten. Obwohl die Ausländer selbst von Steuern befreit waren, drückte die sehr hohe Steuerbelastung der Bevölkerung nach japanischen Berichten die „Kaufkraft des Volkes“, so dass die Mandschurei als Absatzgebiet zunehmend verloren gehen würde.

So war es auch mit dem Geld als Umlaufmittel, das für den Handel von großem Nachteil ist. Aber eine ständige Erhöhung des Banknotenumlaufs schuf eine Inflation, die für die Landbevölkerung und das Industrieproletariat praktisch eine „legale Erpressung“ und für die „Obrigkeit“ eine ständige Bereicherung war. „In monetarischer Hinsicht herrschte in der Mandschurei im Jahr 1931 ein komplettes Chaos.“ ... „Kurz gesagt, es handelte sich um eine ungeheuerliche behördliche Ausplünderung, deren Ausmaß und Auswirkungen schwer abzuschätzen sind.“ (siehe: Lyttox-Bericht)

Wenn diese Ursachen also große Schwierigkeiten für den japanischen Handel verursachten, so war mindestens ebenso wichtig: Der Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen war von der chinesisch-mandschurischen Regierung so weit monopolisiert, dass sie das ausschließliche Recht hatte, diese Erzeugnisse zu kaufen, wofür Geld (Banknoten) bezahlt wurde, das auf dem freien Markt in der Regel nicht umtauschbar war. Damit hatte diese Regierung nicht nur ein Preismonopol, sondern gleichzeitig waren die Agrar-Exporteure von der Regierung abhängig. Auf diese Weise war Chang-Tso-Lin in der Lage, die hohen Militärausgaben zu decken. Die japanischen Exporteure konnten dank der Unterstützung durch die japanische Regierung überleben, aber diese Situation konnte nicht von Dauer sein, vor allem, als das japanische Kapital in der Krise noch größere Schwierigkeiten hatte.

3. Verbot der Landverpachtung

Die mandschurische Regierung versuchte auf jede erdenkliche Weise, die Verpachtung von Land an Japan zu verhindern. Sie verhängte sogar die Todesstrafe für die Verpachtung von Land an Ausländer. Aber auch hier musste die mandschurische Regierung langfristig nachgeben. Zu diesem Zweck wurden große japanische Banken gegründet. Sie funktionierten folgendermaßen: Geld wurde verliehen, zum Beispiel an Bauern, um ihr Land zu bewirtschaften oder um die hohen Steuern zu bezahlen. Das Grundstück wurde dann als Sicherheit gegeben. Aber der Landwirt konnte das Geld und die Zinsen in der Regel nicht zurückzahlen. In einem solchen Fall wurde das Land verkauft und kam so in japanische Hände. Auf diese Weise gelang es den japanischen Unternehmen 1931, rund 200.000 Hektar in Besitz zu nehmen.

4. Die Koreaner

Natürlich gab es auch eine „Minderheitenfrage“. 1910 annektierte Japan Korea und brachte damit das japanische Kaiserreich in Kontakt mit der Mandschurei. Heute leben etwa eine Million Koreaner in der Mandschurei, fast die Hälfte davon im ehemaligen chinesischen Grenzbezirk Chientao. In diesem Bezirk durften die Koreaner Land pachten. Außerhalb dieses Bezirks durften sie es nicht.

Als den Japanern 1915 das Recht zugestanden wurde, in der Südmandschurei und der Inneren Mongolei zu leben, Handel zu treiben und Land zu pachten, behaupteten die Japaner später, dieses Recht gelte für alle japanischen Staatsangehörigen, einschließlich der Koreaner. Dieser Streit blieb bestehen und wurde nicht beigelegt.

Die Koreaner im Bezirk Chientao standen unter chinesischem Recht, die chinesische Polizei sorgte dort für Ordnung. Langfristig versuchte Japan jedoch aus ganz eindeutigen Gründen, die japanischen Gesetze in Chientao anzuwenden und die japanische Polizeiüberwachung über die Koreaner auszuüben. Infolgedessen verloren diese Koreaner aufgrund einer damals eingeführten chinesischen Maßnahme ihre japanische Staatsangehörigkeit. Japan hat diese Maßnahme jedoch nicht anerkannt. Was war das Ergebnis? Das japanische Kapital, das in der Mandschurei selbst nicht an Land herankam, stellte den Koreanern das Kapital zur Verfügung, um es zu kaufen, um Landmaschinen und Düngemittel zu erwerben. So wuchs der japanische Einfluss in der Mandschurei, und die Koreaner wurden zu den Vorposten des japanischen Kapitals.

Die mandschurischen Behörden wussten das schon bald. Die Folge war, dass die Koreaner boykottiert wurden. Oftmals wurden sie auch von den mandschurischen Bauern misshandelt, die von der Regierung aufgehetzt wurden. In solchen Fällen riefen die Koreaner die japanische Polizei oder die japanische Armee zu Hilfe. Auf diese Weise konnten Schlägereien oder Kämpfe zwischen Mandschuren und Koreanern oft von den japanischen Geldverleihern provoziert werden. Eine solche Schlägerei, die am 1. Juli 1931 stattfand, und die Ermordung des japanischen Spions Nakamura lösten in Japan eine „nationale Empörung“ aus. Der Krieg zwischen China und Japan begann und die japanischen Armeen fielen als erstes Ziel in die Mandschurei ein. Später sollte der Rest Chinas folgen.

DIE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER MANDSCHUREI FÜR JAPAN

Wir werden nun die Bedeutung der Mandschurei für Japan untersuchen, insofern sie für die Verarbeitung von Rohstoffen für die japanische Industrie und für die Vermarktung japanischer Waren wichtig ist.

Zunächst einmal etwas zur japanischen Lebensmittelversorgung. Die wichtigsten japanischen Nahrungsmittel sind Reis und Soja. Da es in Japan einen Mangel an Reis gibt, wird der Rest aus Korea und Formosa²² importiert. Das wichtigste Produkt ist Soja, das aus der Mandschurei importiert wird. Mehr als 50 % der mandschurischen Exporte bestehen aus Sojaprodukten. Japan erhält 20 % der Bohnen und 70 % des Sojakuchens, die als Düngemittel in der Landwirtschaft verwendet werden.

Die Rohstoffe

Wie wir bereits oben gesehen haben, gibt es in der Mandschurei Eisenerze mit einem eher geringen Eisengehalt. Aus diesem Grund hat die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft bei der Eisenproduktion Verluste gemacht.

Um die Produktion und die Ausrüstung zu erhöhen, wurde die Amsjan-Mine (der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft) 1934 von einem größeren Konzern, der Showa-Gruppe, übernommen. Es wurde viel Kapital in das unrentable Unternehmen investiert, und nun gewinnt die Produktion an Bedeutung.

Die Steinkohleförderung ist von größerer Bedeutung. Dies kommt der japanischen Kohleproduktion zugute, die wenig Anthrazit und Koks enthält. Ein Nachteil für die japanischen Minenbesitzer ist jedoch, dass mandschurische Kohle viel, viel billiger ist als japanische Kohle. Der japanische Steinkohlenbergbau unterliegt daher einer Quotenregelung.²³

Wie in Japan gibt es auch in der Mandschurei kein Erdöl. Andererseits gibt es umfangreiche Ölschiefervorkommen; eine große Fabrik produziert derzeit Mineralöle aus der Schieferschicht, die das Tushun-Kohleflöz überlagert. Da dieser Schiefer ohnehin entfernt werden muss, ist die Ausbeutung nicht allzu kostspielig. Einigen Berichten zufolge wurden in den letzten Jahren etwa 300.000 Tonnen Rohöl auf

²² Formosa, das heutige Taiwan.

²³ Quote: die Einführung einer Importquote zum Schutz der heimischen Produktion.

diese Weise gewonnen. Obwohl diese Produktion zunimmt, sind die Produktionskosten im Vergleich zur normalen Produktion viel zu hoch.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, um in der Mandschurei einen großflächigen Baumwollanbau zu etablieren.

Verkaufsgebiet

Von größerer Bedeutung ist die Mandschurei als Absatzgebiet. Japans Exporte in die Mandschurei beispielsweise machten 1926 9,1 % und 1934 schon 18,6 % der Gesamtausfuhren aus. Der Anteil Japans an den Gesamteinfuhren aus der Mandschurei betrug 58,4 % (1932) und 75,4 % im Jahr 1935. Diese Zahlen zeigen, dass die Mandschurei ein sehr wichtiger Markt wird.

Japans Einfuhren in die Mandschurei, einschließlich der Provinz Kwangtung		
	in %	in Millionen Yen
1932	58,4	197
1933	65,8	340
1934	68,8	408
1935	75,4	456

Chinesische Waren hingegen wurden in dieser Zeit zunehmend aus dem mandschurischen Markt verdrängt. Dies ist aus den folgenden Angaben ersichtlich:

Dieser Ausgabe des „Radencommunisme“ liegt ein Rundschreiben über finanzielle Beiträge für unseren „Gerätepark“ bei. Wir wollen den uns noch zur Verfügung stehenden Raum nutzen, um etwas über die politische Notwendigkeit zu sagen, unsere Arbeit fortzusetzen und nach Möglichkeit auszuweiten.

Einfuhren aus China und Japan in die Mandschurei: (1935, erstes Halbjahr)						
	Baumwollgarne		Stückgut aus Seide		Papier	
	Japanisch	Chinesisch	Japanisch	Chinesisch	Japanisch	Chinesisch
1932	29,9%	70,0%	50,1%	48,1%	58,7%	32,2%
1933	38,2%	61,8%	53,1%	45,9%	65,9%	29,6%
1934	43,4%	56,3%	87%	12,7%	78,4%	17,1%
1935	63,4%	36,6%	96,9%	2,7%	88,4%	6,9%

Und diese Tendenz besteht nicht nur bei den oben genannten Waren, sondern auch bei Baumwollwaren, Tee usw.

ZUSAMMENFASSUNG:

Wie wir gesehen haben, erfolgte der Einmarsch Japans in die Mandschurei also nicht plötzlich im Jahr 1931. Ihm ging eine lange imperialistische Entwicklung voraus. Erst im Jahr 1931 erreichten die Widersprüche ihren Höhepunkt. Gleichzeitig hatte die Krise in Japan 1931 ihren Tiefpunkt erreicht, der Handel war stark rückläufig, die ausländischen Märkte begannen sich für japanische Waren zu verschließen, und China stand kurz davor, in der Mandschurei große Kapitalexperte zu tätigen. All diese Ursachen wirkten zusammen und machten zusammen mit den inneren Verhältnissen in der Mandschurei den Einmarsch Japans genau zu diesem Zeitpunkt notwendig. Um aus der Krise herauszukommen, musste sich Japan nach neuen Märkten umsehen, um wieder über Rohstoffe verfügen zu können. Um dies zu erreichen, musste der chinesische Einfluss in der Mandschurei gründlich gebrochen werden.

Für die anderen Länder war der Tiefpunkt der Krise nach 1932 erreicht. Die „Sanierungsmaßnahmen“ der verschiedenen Großmächte zur Überwindung dieser Krise stammen daher hauptsächlich aus der Zeit nach 1932. Weitere Märkte wurden geschlossen, was wiederum das japanische Kapital zwang, sich direkt auf

anderen Märkten umzusehen. Sowohl bei den Rohstoffen als auch bei dem Warenverkauf ist China ein Gebiet, das noch ein großes Potenzial für die kapitalistische Entwicklung hat.

Es hat sich gezeigt, dass Japan die treibende Kraft ist, die zunehmend die alte Produktionsweise in Ostasien verdrängt und den Kapitalismus an ihre Stelle setzt.

Um etwas über die Entwicklung und das Potenzial des japanischen Kapitals und damit die Befreiung des japanischen Proletariats zu erfahren, wird es daher auch in Zukunft entscheidend sein, die Entwicklungen in der Mandschurei und in China zu verfolgen. Das japanische Problem ist mit der Zeit zu einem asiatischen „Problem“ geworden. Aus der Sicht der Arbeiterklasse bedeutet dies, dass der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausbeugebeuteten auf kapitalistischer Grundlage in einem viel größeren Gebiet als Japan umgesetzt wird. Wenn die japanischen Imperialisten behaupten, ihre Mission sei die Befreiung von 800 Millionen Menschen, dann könnten sie durchaus Recht haben. Nur die Befreiung wird dann etwas anders aussehen.

SPANISCHE FLÜCHTLINGE!

Die internationale „Commission pour l'aide aux réfugiés Espagnols“²⁴ veröffentlichte Anfang März 1939 ihr erstes „Bulletin d'information“, aus dem wir den folgenden Bericht über die Konzentrationslager in Perpignan entnehmen.

Die Konzentrationslager, die die französische Regierung für die spanischen Flüchtlinge eingerichtet hatte, waren riesige, von Stacheldraht umgebene Felder. Das Leben in diesen Lagern findet unter Misshandlungen, Hunger und Dauerregen statt, ohne dass sie ein Dach über dem Kopf haben.

Aus diesem Informationsblatt geht hervor, dass diese Menschen wie Viehherden leben müssen und dass ihre Gesundheit durch alle möglichen Krankheiten bedroht ist. Weder Frauen noch Kinder werden in diesen Lagern verschont. Maria Manonelles, die schwanger ist und kurz vor der Entbindung steht, muss mit ihrer einjährigen Tochter auf einem Haufen Stroh schlafen. Ähnlich geht es vielen anderen Frauen. Kinder im Alter von 10 und 12 Jahren, die im Konzentrationslager inhaftiert sind, schlafen ohne Decken im Regen und in der Kälte, ohne etwas, das sie zudeckt oder schützt.

Ein Spanier, der Perpignan erreicht hat, informiert uns:

Die katalanische Regierung lud uns ins *Centre Catalan* ein, um uns einen kleinen Geldbetrag und eine Bahnfahrkarte nach Paris zu geben. Während wir vor dem Büro warteten, sahen wir drinnen Polizisten. Einer von ihnen sagte mit lauter Stimme zu mir: „Alle Spanier, die sich in diesem Raum befinden, sind verhaftet worden!“

Einige von uns wollten nicht verhaftet werden und flüchteten auf die Dächer der Nachbarhäuser, aber die Polizisten folgten uns und fingen uns dort ein. Wir gehörten zu einer Gruppe von zweihundert Personen und wurden unter guter Bewachung zur Polizeistation und von dort in Lastwagen zum Konzentrationslager Las Harras (Perpignan) gebracht.

Wir erreichten das Lager um neun Uhr abends. Es war eine dunkle und regnerische Nacht. Wir gingen durch eine große Eisentür, die von einem Legionssoldaten mit einem Gewehr auf der Schulter bewacht wurde. Sie schrieben unsere Namen auf und sagten uns, dass wir verhaftet seien. Wir zeigten ihnen unsere Ausweise, aber sie waren nicht an unseren Papieren interessiert. Wir waren spanische Antifaschisten, und dieses einzige Vergehen reichte aus, um uns zu verhaften. Wir fragten, wo wir schlafen würden. Die Wächter begannen zu lachen und sagten: „Hier, unter freiem Himmel.“ Es war kalt, es regnete. Wir fragten: „Gebt ihr uns Decken, um uns zuzudecken?“ Anstatt zu antworten, wurden wir den Legionären übergeben, die uns mit Gewehrkolben auseinanderschlugen und schrien: „Weiter, weiter!“ Das war die übliche Antwort, wenn einer von uns eine Frage stellte. Ich verstand, dass es besser war, zu schweigen: keine Decken, um die man bitten konnte, kein Stück Brot zu essen, kein Dach über dem Kopf, das vor Kälte und Regen schützt.

Ich beschloss, mich ruhig zu verhalten und mich zu orientieren. Ich begann also, das Lager zu durchqueren. Alle zehn Schritte stand ein Soldat Wache, das Gewehr auf der Schulter. Erschöpft von der Müdigkeit versuchten Hunderte von Menschen, unter den Bäumen im Regen zu schlafen, oder drückten sich an die Mauern, die das Lager umgaben.

In der Mitte des Feldes fand ich einen alten Schuppen. Auf jeder Seite standen zwei oder drei Baracken, und ein Stück weiter versuchten Menschen, im Regen zu schlafen. Noch weiter weg war der Stacheldraht, und

²⁴ Kommission für die Hilfe für spanische Flüchtlinge.

alle zehn Meter stand ein Soldat. Wenn ich mich einem von ihnen näherte, wurde ich mit Gewehrkolben geschlagen und Rufen wie „Weitergehen, weitergehen“ begrüßt.

Es hat geregnet. Ich war hungrig und mir war kalt. Wo soll ich schlafen? Wie soll man die Nacht verbringen? Ich fragte eine Gruppe von Menschen, die unter einem Baum Schutz suchten: „Ist es erlaubt, diese Baracken oder diesen Schuppen zu betreten?“ In gedrückter Stimmung wurde mir geantwortet: „Nein, sie sind überfüllt.“ Ich habe nicht nachgegeben und bin hingegangen. Man konnte nicht hineingehen, es war voll von Verwundeten und Kranken. Ich ging zurück durch die Mitte des Lagers. Jedes Mal, wenn ich mich einer der Wachen näherte, die groß und schwarz dastanden, wurde ich mit dem Gewehr bedroht und angeschrien: „Weg, weg!“ Ich dachte mir: „Wenn schon Leute aus meiner Partei hier sind, dann werden sie mich wenigstens unter die Decke nehmen.“ Ich fing an, mit lauter Stimme Namen zu rufen. Jemand antwortete mir aus einem großen Lagerhaus, das wie eine alte Kirche aussah. Ich lief zur Tür. Es war unmöglich, einzutreten. Hunderte und Aberhunderte von Menschen waren auf dem Boden, auf einem Stück Stroh, zusammengepfertcht. Hinten, in einer Ecke, saßen ein Dutzend meiner Kameraden. Zu ihnen zu gehen, bedeutete für mich, etwas zu essen und etwas Wärme zu bekommen. Ich beschloss, dorthin zu gehen und musste über viele Beine laufen. Auf die heftigen Proteste, die ich damit hervorrief, antworteten meine Kameraden, indem sie mich in Schutz nahmen. Sie gaben mir etwas zu essen und boten mir an, bei ihnen zu schlafen.

Ich hätte die Nacht auch so verbracht, wenn uns nicht jemand gesagt hätte, dass eine Tür offen und „definitiv“ unbewacht ist. Wir standen auf und gingen hinaus. Doch unsere Flucht scheiterte und wir mussten die Nacht im Regen verbringen.

Am frühen Morgen riefen die Wachen: „Aufstehen, aufstehen!“ und trieben uns in die Mitte des Lagers. Von dort aus brachten sie uns unter guter Bewachung zum Bahnhof. Wenig später bin ich geflohen.

Meine Freiheit war jedoch nur von kurzer Dauer. Drei Stunden später wurde ich erneut ergriffen und ins Lager zurückgebracht. Um drei Uhr nachmittags bekamen wir ein trockenes Stück Brot und eine Sardine: das war die Ration für den ganzen Tag! Der Polizist, der sie uns gab, schimpfte: „Das sind die Tapferen, die vor Franco geflohen sind, die Diebe und Mörder wehrloser Bürger.“ Als wir antworteten, trieb er uns in eine Ecke und schlug uns brutal.

Trotz alledem ist das Konzentrationslager La Havas allen Informationen zufolge das beste Lager in den Ostpyrenäen. Ich hatte die Gelegenheit, mit Flüchtlingen aus allen anderen Lagern zu sprechen. Das Leben dort ist viel härter als im Lager La Havas. Mehr Hunger, mehr Kälte, mehr Misshandlungen.

Jeden Tag sterben viele Menschen an Hunger und Kälte. Andere Verwundete oder Kranke, die aus Spanien gekommen waren, starben, weil sie keine Verpflegung finden konnten. In allen Lagern schläft man unter freiem Himmel und in denen an der Küste auf dem Sand des Strandes. Die Ration besteht aus einem Stück trockenem Brot pro Tag und manchmal aus nichts anderem, außer dem Geschrei der Wachen und den Schlägen der Gewehrkolben.

Die Internationale Kommission für die Hilfe für spanische Flüchtlinge, der James Marton, Fenner Brockway²⁵, Henk Sneevliet²⁶, Ignazio Silone²⁷ und Marceau Pivert²⁸ angehören, hilft allen Flüchtlingen aus der spanischen Arbeiterbewegung, die keine Hilfe von den parteikommunistischen oder anarchistischen Hilfsorganisationen bekommen können, z.B. Linksozialisten, P.O.U.M., Kämpfer der Internationalen Brigade, Mitglieder deutscher und italienischer Emigrantenorganisationen usw.

Dieses Komitee sammelt Geld und Kleidungsstücke und versucht, durch eine internationale Kampagne Hilfe zu leisten; neben seiner direkten Hilfe hat es bisher drei Produktionsgenossenschaften eingerichtet, um zumindest einigen Flüchtlingen eine Existenzgrundlage zu bieten.

²⁵ Fenner Brockway (1888-1988), https://en.wikipedia.org/wiki/Fenner_Brockway

²⁶ Henk Sneevliet (1883-1942) war ein niederländischer kommunistischer Politiker, Gewerkschaftsführer, Antifaschist und Agent der Komintern. Er war Mitbegründer der Kommunistischen Partei Indonesiens und der Kommunistischen Partei Chinas. Seit der deutschen Besatzung wurde der Kern von Sneevliets Partei RSAP illegal als Marx-Lenin-Luxemburg-Front weitergeführt, die sich weigerte, die UdSSR zu verteidigen. 1942 wurden Sneevliet und neun weitere Genossen von den Nazis hingerichtet. Nach einer Abspaltung von den Trotzisten schloss sich der Rest der proletarisch-internationalistischen MLL-Front mit den Genossen der GIK zusammen und bildete den rätekommunistischen „Communistenbond ‘Spartacus’“.

²⁷ Ignazio Silone (1900-1978), italienischer Schriftsteller, der sich Anfang der 30er Jahre vom Kommunismus stalinscher Prägung lossagte.

²⁸ Marceau Pivert (1895-1958), französischer sozialistischer Politiker, Minister unter Leon Blum.

DER PLATZ DER ALTEN GEWERKSCHAFTEN

Das „Bulletin Quotidien“ vom 30. März 1939, das von der „Société d'Études et d'Informations Économiques“ in Paris herausgegeben wurde, enthielt den Bericht über eine Rede von Matthew Woll²⁹, dem Vizepräsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, vor der State Chamber of Commerce in New York.

Woll befasste sich mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs über den Arbeitskampf mit Betriebsbesetzung vom 27. Februar. Der Hauptinhalt seiner Rede lässt sich mit den folgenden kurzen Zitaten zusammenfassen:

„Die Fakten zeigen schlüssig, bis zu welchem Punkt der verantwortliche Führer der American Federation of Labour den gleichen Standpunkt wie der verantwortliche Führer des amerikanischen Unternehmertums in der Frage der Betriebsbesetzungen vertritt. Auch wenn wir von einem anderen Ausgangspunkt ausgehen, sind wir heute zusammengekommen, um die scharfe Verurteilung der Betriebsbesetzung durch den Obersten Gerichtshof einstimmig zu unterstützen.“

„Wenn man die Reden auf unseren Jahrestagungen studiert, kann man erkennen, dass sich der Verband immer vorbehaltlos für den Schutz der Unternehmen, des Privateigentums und der Gewerbefreiheit ausgesprochen hat.“

„Wir sind davon überzeugt, dass es im öffentlichen Interesse liegt, der Privatwirtschaft die nötigen Anreize für ihre Entwicklung zu geben, damit sie durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze dem Land dienen kann [...].“

„Wir erklären, dass diejenigen, die ihr Kapital in der Privatwirtschaft investieren, die Sicherheit eines angemessenen Einkommens haben müssen und dass die Arbeiter einen Lohn erhalten sollen, der ihnen und ihren Familien ein Leben in Wohlstand ermöglicht.“

„Darüber hinaus haben wir unser Vertrauen in die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Führungen der Unternehmen und der Arbeiter bekräftigt, nicht nur im Interesse der beiden betroffenen Gruppen, sondern auch im Interesse des Gemeinwohls.“

Für immer mehr Arbeiter wird klar, dass die große sozialistische Arbeiterbewegung vor ihrer nationalen Bourgeoisie völlig kapituliert hat. Der Niedergang der Zweiten und Dritten Internationale ist also vor allem eine Frage der Prinzipien. Ihre nationalen Sektionen sind trotz der alten internationalen Slogans, die sie manchmal aufpolieren und dem Volk präsentieren, zu nationalen sozialistischen Bewegungen geworden.

Der Unterschied zwischen der so genannten Nationalsozialistischen Bewegung³⁰ und den Sektionen der Zweiten und Dritten Internationale besteht darin, dass erstere mit den Regierungen der Länder im Bunde steht, in denen das Kapital in ausgesprochen faschistischer Weise regiert, während letztere fest zu der demokratischen Regierungsform stehen, mit der die anderen Kapitalgruppen auch heute noch die Völker kontrollieren.

Beide schreien in diesem Land nach Freiheit, Arbeit, Brot für den Arbeiter, Recht auf Arbeit, rufen auf zum Wählen, verlangen das politische Christentum aus der Regierung und miteinander aus dem Parlament.



Achtung Postabonnenten!

Für die meisten unserer Postabonnenten endet das Abonnement per Vorauszahlung (10 Ausgaben zu 70 Cent) mit dieser Ausgabe. Diejenigen, die ihr Abonnement verlängern möchten, zahlen bitte weitere 10 Ausgaben auf das Konto von J. Meijer ein.

Die nächste Ausgabe wird nur an diejenigen verschickt, die ihr Abonnement verlängert haben.

Wenn Ihr Abonnement ausläuft, zahlen Sie bitte 70 Cent für die nächsten zehn Ausgaben auf das Postscheckkonto 316 779 (J. Meijer, Chasséstraat 11, Amsterdam West).

Der Betrag kann auch in Briefmarken verschickt werden!

²⁹ Matthew Woll (1880-1956), amerikanischer Gewerkschafter.

³⁰ Die "Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland" (NSB) war eine niederländische faschistische Partei, die von 1931 bis 1945 bestand.